

Amerikas Entzauberung

Das Irak-Abenteuer hat den Hegemon USA geschwächt – und damit den ganzen Westen. Berlin sollte den Schaden begrenzen. Mit, nicht gegen Teheran



Dr. CHRISTOPH BERTRAM, geb. 1937, war von 1974 bis 1982 Leiter des Instituts für Strategische Studien in London, danach diplomatischer Korrespondent der ZEIT und von 1998 bis 2005 Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

Christoph Bertram | **Ohnmacht einer Weltmacht: Amerikas Debakel im Irak beschleunigt den Verlust seiner globalen Machtposition, im neuen, noch unfertigen internationalen System hat es seine Ankerrolle verloren. Doch von den Auswirkungen der Invasion wird auch Deutschland in Mitleidenschaft gezogen werden – Berlin muss helfen, die drohende Krise am Golf einzudämmen.**

Für Deutschland hat das amerikanische Irak-Abenteuer – und alles, was über die Vorgeschichte der Invasion, ihre Durchführung und die nachfolgenden Bemühungen um die Stabilisierung des besetzten Landes inzwischen bekannt ist, bekräftigt nur diese Bezeichnung – zwei strategische Auswirkungen: die eine gewiss, die andere wahrscheinlich. Gewiss ist die zusätzliche Schwächung unseres wichtigsten Verbündeten, wahrscheinlich die erhöhte Destabilisierung des Mittleren Ostens. Beide unterstreichen, was viele in Deutschland immer noch nicht wahrhaben wollen: dass der Irak nicht nur ein amerikanisches Problem, das man mit der Schadenfreude des Unbeteiligten quittieren kann, sondern ein deutsches Problem ist und wahrscheinlich noch mehr werden wird. Und dass deutsche Außenpolitik daran gemessen werden muss, ob sie dies erkennt und danach handelt.

Die Schwächung der Vereinigten Staaten ist das Ergebnis zweier voneinander unabhängiger Prozesse: der politischen Globalisierung und des Irak-Debakels. Auch ohne Irak-Krieg hätte Amerika seine zentrale Weltmachtposition, die ihm das Ende des Kalten Krieges bescherte, wegen des Aufkommens neuer nichtwestlicher Mächte nicht lange aufrechterhalten können. In unserer öffentlichen Debatte gilt das Hauptaugenmerk zwar den ökonomischen Aspekten der Globalisierung. Aber die politischen Aspekte – die wachsende internationale Mitbestimmung neuer Mächte und Mächtegruppierungen – sind langfristig nicht weniger, wenn nicht mehr bedeutsam. In diesem neuen, noch unfertigen internationalen System hätten die Vereinigten Staa-

ten ihre einstige Ankerrolle auch dann nicht bewahren können, wenn 2001 statt George W. Bush Al Gore ins Weiße Haus eingezogen wäre.

Der zentrale strategische Fehler von Bush und seinem Team lag jedoch darin, diese Entwicklung nicht nur nicht erkannt und sogar verleugnet, sondern durch die Entscheidung, im Vollgefühl der Überlegenheit den Irak besiegen, besetzen und demokratisieren zu können, erst recht beschleunigt zu haben. Durch die Umstände des Krieges und die Praxis der Besatzung wurden so wichtige Güter wie moralisches Ansehen, nachhaltige militärische Macht, Führungsautorität in Bündnissen und Krisenkompetenz diskontiert, die für die Bewahrung amerikanischen Einflusses gerade in der globalisierten Welt unerlässlich sind.

Wie hoch Amerikas Verlust an internationalem Ansehen und Einfluss ist, macht das Verhalten seiner Partner wie seiner Rivalen deutlich. Für manche der derzeitigen internationalen Ordnungsbestrebungen, am deutlichsten beim Klimaschutz, sind die Vereinigten Staaten nebensächlich geworden. Fast sämtliche der ehemaligen „Koalitions“-Partner im Irak haben ihre Truppen abgezogen oder dies für die nahe Zukunft angekündigt. Der Iran, strategischer Gewinner der Entmachtung Saddam Husseins und der Entzauberung Amerikas im Irak, hält trotz verhüllter US-Drohungen mit militärischen Sanktionen an seiner Uran-Anreicherung fest. Russlands Präsident Putin, der dem damals noch mächtigen Amerika logistische Unterstützung in Zentralasien im Kampf gegen Al-Qaida gewährte und ohne Murren dem Wunsch Washingtons nach der Beseitigung des ABM-Vertrags zur Raketenabwehr zustimmte, schürt heute offen Widerstand gegen Amerika. Er erhöht den Druck auf die jüngsten NATO-Mitglieder in Osteuropa, blockiert eine Lösung im Kosovo, kündigt historische Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge wie jenen über die Begrenzung konventioneller Streitkräfte (KSE) und droht mit der Demission des Abkommens über die Verschrottung aller russischen und amerikanischen nuklearen Mittelstreckensysteme (INF). In Asien orientieren sich auch traditionelle Verbündete Amerikas zunehmend am stetig wachsenden Einfluss Chinas, in Lateinamerika erleben US-kritische Kräfte eine politische Renaissance.

International haben die USA heute weit weniger Macht und Ausstrahlung als zu Beginn der Bush-Regierung.

Die Vereinigten Staaten bringen so heute wesentlich weniger Gewicht auf die Waagschale internationaler Macht und Ausstrahlung als zu Beginn der Bush-Regierung. Ihre Einbuße an Autorität und Ansehen ist dabei weder ein vergängliches noch in ihrer Wirkung auf die USA oder die Golf-Region beschränktes Ereignis. So sehr es mit dem Namen dieses Präsidenten verbunden ist, so unberechtigt jedoch ist die Hoffnung vieler Amerikaner, nach den Wahlen im November 2008 werde sich der Vor-Bush-Zustand wieder einstellen. Dafür sind der Ansehensverlust zu groß und die Bereitschaft der mutmaßlichen Nachfolger – von denen die meisten wesentliche Teile der außenpolitischen Agenda des Präsidenten mit trugen – zu einschneidenden politischen Korrekturen zu gering. Durch verbindlicheren Stil und weichere Rhetorik allein lässt sich dieser Verlust nicht rückgängig machen, wie entsprechende Bemühungen Washingtons in der zweiten Amtszeit George W. Bushs bezeugen.

Dieser anhaltende Schwächezustand Amerikas berührt deutsche und europäische Außenpolitik unmittelbar, reduziert er doch die Fähigkeit Washingtons, den USA und dem Westen vorteilhafte Entwicklungen zu ermöglichen und nachteilige zu ersparen. Zur Kompensation amerikanischer Schwäche reichen europäische Stärken selbst dort, wo es sie gibt, nicht aus. Vielmehr schwächt die Verfassung Amerikas auch seine Verbündeten, weil Rückschläge für die USA zumeist auch Rückschläge für den Westen insgesamt sind. Sie können deshalb nicht dadurch verringert werden, indem die Verbündeten die Distanz zu Amerika vergrößern; dies würde den Schaden nur erhöhen. Die europäischen Regierungen haben diese Konsequenz aus dem Bedeutungsver-

Zur Kompensation amerikanischer Schwäche reichen europäische Stärken nicht aus. lust Amerikas offenbar erkannt und gezogen. Bemühungen um eine Stärkung, keine Lockerung des atlantischen Verhältnisses werden nicht nur traditionell von der Regierung Großbritanniens, sondern ebenfalls von der französischen und deutschen Führung unternommen – nicht etwa zur Anbiederung an die größte Macht der Welt, sondern als Schulterchluss mit einem angeschlagenen Amerika, um so einer weiteren Schwächung des Westens und der eigenen Einflussmöglichkeiten entgegenzuwirken.

Der politischen Herausforderung dieser unabänderlichen Folge des amerikanischen Irak-Abenteuers hat sich die deutsche Regierung gestellt, obwohl damit nicht garantiert ist, dass alle sie tragenden Kräfte dies auch für die lange Strecke amerikanischer Einflussminderung durchhalten werden. Anders steht es mit der möglichen Gefahr, die deutschen Interessen droht, wenn sich Amerika mit seinen Soldaten aus dem Irak verabschiedet, ohne dort eine halbwegs funktionierende staatliche Ordnung zu hinterlassen.

Den Abzug aufschieben?

Henry Kissinger hat den „worst case“ so beschrieben: „Ein voreiliger Abzug würde ein Desaster auslösen, den Krieg nicht etwa beenden, sondern ihn lediglich in andere Länder wie den Libanon, Jordanien oder Saudi-Arabien verlagern; der Krieg zwischen irakischen Gruppierungen nähme an Heftigkeit zu. Die Zurschaustellung amerikanischer Machtlosigkeit bedeutete eine Ermutigung für den radikalen Islamismus, mit der Folge, dass auch dessen Anhänger – von Indonesien bis Indien und hin zu den Rändern europäischer Hauptstädte – weiter radikalisiert würden. Der Zusammenbruch der amerikanischen Bemühungen im Irak käme einem geopolitischen Verhängnis gleich.“¹ Dabei ist die Möglichkeit nicht einmal erwähnt, dass anhaltende Spannungen im Irak andere Staaten wie die Türkei, den Iran und Saudi-Arabien zum direkten, auch militärischen Eingreifen veranlassen könnten. Die Entwicklung im Irak ist damit nicht nur eine Herausforderung für die Vereinigten Staaten, sondern für die gesamte Region – und für alle Staaten, die von ihrer Instabilität betroffen werden. Dazu gehören Europa und Deutschland nicht nur wegen ihrer Energieinteressen, sondern auch wegen ihrer geographischen Nähe, die sie für die

¹ *International Herald Tribune*, 29.6.2007.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

© Hamming / Rea / laif

Bagdad, Oktober 2004: Iraker streiten mit einem US-Soldaten

von dort herrührenden Gefährdungen verwundbarer machen, als es das fernere Amerika ist. Für deutsche Politik ergeben sich daraus zwei denkbare Anforderungen: zum einen der Versuch, zumindest den Zeitpunkt des amerikanischen Abzugs hinauszuzögern, zum anderen, den Stabilisierungsprozess im Land durch aktive Diplomatie abzustützen. Beide wären gleichzeitig möglich.

So verwegen den meisten in Deutschland der Gedanke erscheinen wird, die Fortdauer des amerikanischen militärischen Engagements im Irak zu fordern und zu fördern – abwegig ist er nicht. Noch ist es wahrscheinlich die US-Militärpräsenz, die dafür sorgt, dass die Warnungen Kissingers nicht Wirklichkeit werden. Dem entspräche ein deutsches Bemühen, die Bush-Regierung und ihre Nachfolger dafür zu gewinnen, den völligen Abzug möglichst lange aufzuschieben. Dieses Bemühen könnte sich in – bisher unterbliebener – offizieller, öffentlicher Zustimmung zu dieser Präsenz äußern, in Zusagen militärischer Zusammenarbeit mit Staaten in der Region, vielleicht auch der Entlastung des amerikanischen Engagements im Irak durch die Übernahme anderweitiger militärischer Aufgaben der USA, etwa in Afghanistan; schließlich in finanzieller Unterstützung der US-Präsenz ähnlich wie beim Golf-Krieg 1990.

Nur heißt diese Möglichkeit zu erwägen, sie sogleich zu verwerfen. Nicht nur, weil eine deutsche Unterstützung für amerikanisches „Durchhalten“ im Irak für jede Bundesregierung politisch ausgeschlossen ist, sondern vielmehr, weil die Entscheidungsprozesse in den Vereinigten Staaten längst gegen solche Einflussversuche immun sind. Wenn selbst die Kritiker Bushs heute nicht mehr einen raschen Rückzug fordern, dann zum einen, weil die schlechten Nachrichten aus dem Irak wegen der zurzeit verbesserten Sicherheitslage spärlicher geworden sind, zum anderen, weil kein Präsidentschaftskandidat in den Ruf mangelnder Verantwortung in sicherheitspolitischen Fragen geraten will.

Noch immer entspricht die Lage im Irak der Bürgerkriegsdefinition der UN.

Zugleich sagen jedoch die meisten Kenner der amerikanischen Politik für die Zeit nach dem Führungswechsel eine baldige drastische Verminderung der Truppenpräsenz voraus, unabhängig von der Situation im Irak selbst. Was Verbündete dazu meinen, erst recht solche, die sich an der „Irak-Koalition“ nicht beteiligt haben, wird für Ausmaß und Tempo dieser Verminderung keinerlei Bedeutung haben. Zudem würde auch dann, wenn die Vereinigten Staaten ihre Truppen noch länger im Irak belassen sollten, kein stabiles, sich selbst tragendes Gemeinwesen geschaffen. Wenn die US-Streitkräfte im Irak die Welt heute noch vor manchen Auswirkungen irakischer Konflikte abschirmen, in absehbarer Zeit werden sie es nicht mehr tun.

Damit allerdings kann sich deutsche Politik nicht zur Ruhe setzen. So begrüßenswert das Abschwellen der Gewalt im Irak derzeit auch ist, noch immer entspricht die Lage mit weit über 500 Anschlägen pro Jahr der offiziellen Bürgerkriegsdefinition der UN. Die Spannungen zwischen den unterschiedlichen ethnischen und religiösen Strömungen dauern an, die föderale Struktur ist ungeklärt, mächtige Nachbarn sind schon jetzt im Land aktiv, die Zentralregierung bleibt schwach, sie hat die eigenen Organe nicht immer, die Milizen der verschiedenen Gruppen gar nicht unter ihrer Kontrolle. Eine belastbare innerstaatliche Struktur zeichnet sich nicht ab.

Den Iran einbinden

Das alles muss sich nicht zu dem Katastrophenszenario Kissingers verdichten, und vielleicht sogar kann die Aussicht auf den Abzug der USA und das Ende der Besatzung die rivalisierenden Kräfte zu einer gemeinsamen, staatsstärkenden Anstrengung zusammenbringen. Nur an einem führt kein Zweckoptimismus vorbei: Der Irak ist ein fragiler Staat und wird es auf lange Sicht bleiben. Damit sind große Risiken für die Region, aber auch für Europa und Deutschland verbunden. Wie sollte deutsche Außenpolitik darauf antworten? Vor allem durch den Versuch, Zusammenhalt und Staatlichkeit des Irak zu stärken, soweit dies von außen möglich ist. Anfänge sind gemacht: Dazu zählen die frühe Hilfe bei der Polizeiausbildung wie die Unterstützung eines verstärkten Engagements der Vereinten Nationen im Irak, ebenso europäische Appelle an die Türkei, von Militäraktionen im kurdischen Bereich abzusehen. Die EU-Kommission hat seit 2003 rund 800 Millionen Euro für innere Stabilisierungsaufgaben zur Verfügung gestellt, über ein Abkommen über Handel und Zusammenarbeit zwischen dem Irak und der EU wird verhandelt. Unter den Politikern, die an den gelegentlichen, bisher wenig substanziellen Irak-Nachbarschaftskonferenzen teilnehmen, war bisher auch der deutsche Außenminister. Der EU-Ministerrat hat unter deutscher Mitwirkung wiederholt und in aller Form betont, dass die EU einen stabilen und demokratischen Irak in territorialer Integrität anstrebt; führende Vertreter der irakischen Republik werden in Berlin empfangen.

Angesichts der Herausforderung, die ein auseinanderbrechender oder in Bürgerkriegsneigung verharrender Irak für die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik bedeuten kann, sind diese Bemühungen eher bescheiden. Wer ira-

kische Staatlichkeit untermauern will, muss dies in Bagdad demonstrieren – wie es bereits die Außenminister Frankreichs und Schwedens, deren Länder ebenfalls die amerikanische Invasion ablehnten, getan haben – und die Warnung an die Türkei vor militärischem Eingreifen in Kurdistan durch die Androhung untermauern, in diesem Fall die EU-Türkei-Verhandlungen abubrechen. Wer der Aufspaltung des Landes in ethnisch separierte Staaten vorbeugen will, was nur als Folge eines anhaltenden und blutigen Bürgerkriegs denkbar würde, muss sich für ein wachsendes Engagement der UN stark machen, die dafür erforderliche Unterstützung in Aussicht stellen sowie schon jetzt formell erklären, jedem Separationsstaat die diplomatische Anerkennung zu versagen. Wer den im Irak erfolgreichen Guerillas ihre terroristische Ausbildung in arabischen Nachbarstaaten erschweren will, muss schon jetzt in die polizeiliche und nachrichtendienstliche Zusammenarbeit mit Jordanien, Syrien und Ägypten investieren.

Gegen den Willen des Iran wird es keine nachhaltige Konsolidierung im Irak geben.

Noch wichtiger: Er muss mithelfen, den Anreiz für den Iran zu erhöhen, zumindest die Fragilität des Irak nicht zusätzlich zu gefährden und einen instabilen Irak nicht als Faustpfand gegen amerikanischen Druck zu betrachten. Gegen den Willen Teherans wird es kaum eine nachhaltige Konsolidierung einheitsstaatlicher Macht im Irak geben. Die bloße Einladung des Iran zu den erwähnten Nachbarschaftskonferenzen oder die erklärte Bereitschaft der USA, mit Teheran ohne Vorbedingungen über dessen Mitwirkung bei dieser Konsolidierung zu sprechen, reicht nicht aus, dessen Interesse zu wecken, solange zur gleichen Zeit der diplomatische Druck des Westens wegen des iranischen Atomprogramms zunimmt.

Eine flexiblere Diplomatie des Westens, bei der die Einstellung der iranischen Uran-Anreicherung nicht länger zur Vorbedingung gemacht wird, könnte das Dialogfundament so erweitern, dass sich der Iran auch zu einer kooperativeren Haltung im Irak bereit findet. Jüngste Analysen amerikanischer Sicherheitsdienste, nach denen das heutige iranische Atomprogramm nicht auf das rasche Streben nach Nuklearwaffen schließen lässt,² eröffnen eine breite Sicherheitsmarge für ein Umdenken im westlichen, weitgehend von den EU-3 formulierten Verhandlungsansatz. Im Interesse auch der Zukunft des Irak sollte die Bundesregierung die Initiative für ein derartiges Umdenken ergreifen.

Dieser Katalog möglicher deutscher Mitwirkung bei der Eindämmung der wahrscheinlich drohenden Krise am und um den Golf hat gleichwohl eine Schwäche: Es ist gut möglich, dass das Abgleiten des Irak ins politische Chaos und der Region in weitere Verwerfungen nicht mehr aufzuhalten ist. Dem kann man achselzuckend zusehen und darauf verweisen, dass nicht Deutschland, sondern die Regierung Bush den Schaden angerichtet hat. Für Berlins Außen- und Sicherheitspolitik reicht das nicht – von den Auswirkungen des amerikanischen Irak-Abenteuers wird auch Deutschland in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Bundesregierung muss ihnen daher beherzt begegnen.

² National Intelligence Estimates: *Iraq. Nuclear Intentions and Capabilities*, November 2007.